

Unsere Ersatzschulen sind ein wichtiger und in der Verfassung verankerter Baustein in der Vielfalt der Schullandschaft: Eltern haben die Wahl, welche Schule ihr Kind besuchen soll.

Alle Schülerinnen und Schüler verdienen die gleiche Förderung und keine Benachteiligung!

Schulministerin Dorothee Feller hat angekündigt, dass ab sofort 3000 Lehrerinnen und Lehrer auf sogenannten Vorgriffsstellen eingestellt werden, damit im Jahr 2026 genügend Lehrer*innen für die dann wieder mit 9 Jahrgängen arbeitenden Gymnasien zur Verfügung stehen. Bis 2026 müssen diese neu eingestellten Lehrkräfte an Grundschulen arbeiten und den dortigen Lehrermangel lindern.

Diese Möglichkeit besteht für die Ersatzschulen nicht. Das Land verlässt sich darauf, dass die Träger dieser Schulen aus eigenen Mitteln vorsorgend Lehrkräfte einstellen, was deren finanzielle Möglichkeiten übersteigt, da sie bereits jetzt schon erhebliche finanzielle Mittel für ihre Schulen aufwenden.

Dabei besuchen 17% aller Schüler*innen an Gymnasien in NRW eine Ersatzschule. Diese haben ebenso wie die Kinder und Jugendlichen an staatlichen Schulen ein Recht auf guten und vollständig erteilten Unterricht.

Wir fordern daher, dass Maßnahmen zum stufenweisen Ausbau der Lehrerstunden auch für die Ersatzschulen ermöglicht und finanziell angemessen gefördert werden.